

„ARISIERUNGS“-MAHNMAL

## Gerangel um den Standort

Drei Monate sind vergangen, seit sich die Bremer Bürgerschaft einmütig für den Bau eines „Arisierungs“-Mahnmals aussprach. Ausnahmslos alle Fraktionen legten Anträge mit dieser Kernforderung vor. Anlass waren die Recherchen der taz über lukrative NS-Geschäfte Bremer Logistikunternehmen, bei denen sich Kühne+Nagel den Löwenanteil sicherte.

Keine Einmütigkeit herrscht nach wie vor bei der Frage, ob das Mahnmal in der Nähe von Kühne+Nagel richtig platziert ist. Mit den Stimmen von SPD, Grünen und Linkspartei sprach sich das Parlament im November dafür aus, „insbesondere auch einen Standort im Umfeld des Neubaus der Firma Kühne+Nagel einzubeziehen“. Die CDU enthielt sich bei diesem Punkt wohlwollend, die FDP war dagegen. Auf Grundlage dieses Richtungsentscheids sollte sich der räumlich zuständige Ortsbeirat positionieren.



Doch dessen Befassung dauerte derart lang, dass Kühne+Nagel eine Gegenstrategie entwickeln konnte – und mit dem Bürgermeister abstimmte. Sei es nicht pädagogisch wertvoll, solch ein Mahnmal auf einem Schulhof zu platzieren? Als Zuckerl steht in Aussicht, dass Kühne+Nagel auch die Renovierung des dazugehörigen Schulgebäudes bezahlt. Erwünschter Neben- (oder Haupt-)Effekt: Das Mahnmal stünde im Westend, weit entfernt vom Stammsitz der Firma. Andere Logistikfirmen würden sich beteiligen.

Diesen Deal will eine Mehrheit aus Grünen und Linkspartei im Beirat Bremen-Mitte nicht hinnehmen. Er will daher tun, wozu ihn das Parlament aufgefordert hat: Der Beirat positioniert sich in der Standortfrage. Beide Fraktionen verkündeten am Donnerstag: „Wir erklären uns sowohl mit dem von der taz-Initiative geplanten Ort als auch mit dem Gestaltungsvorschlag einverstanden. Wir sind eindeutig für die Errichtung des Mahnmals unterhalb des Kühne+Nagel-Neubaus!“

Demokratischen Regeln zufolge müsste damit nun Klarheit herrschen – aber noch fehlt der förmliche Beiratsbeschluss. **HB**